

Interview mit Dr. Marco Bertolaso von Deutschlandradio

Berichten mit Verantwortung



© Bettina Füst-Fahré, Deutschlandradio

Das Vertrauen der Menschen zu gewinnen und zu halten, ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Berichterstattung in den Medien. Am Beispiel der Nachrichtenarbeit bei Deutschlandradio wird deutlich, dass dies einen ständigen Balanceakt bedeutet: Über welche der Tausenden an täglich eingehenden Meldungen wird berichtet? Was wird präzisiert? Was weggelassen? Eine hohe Transparenz sowie offene Fehlerkultur und nicht zuletzt ein diverses Redaktionsteam bilden hier die Voraussetzung für eine gute Rundfunkarbeit.

Dr. Marco Bertolaso,
Deutschlandfunk-
Nachrichtenchef

Marco.Bertolaso@
deutschlandradio.de

Weiterbildung: Vielleicht umreißen Sie uns zunächst kurz Ihren Arbeitsbereich, insbesondere mit Blick auf Nachrichten.

Marco Bertolaso: Meine Kolleginnen und Kollegen recherchieren, schreiben und präsentieren rund um die Uhr Nachrichten aus aller Welt und aus allen relevanten Themengebieten. Wir sind verantwortlich für mehr als 100 tägliche Sendungen in den Programmen Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova. Im Netz informieren wir unter www.dlf24.de. Wir bieten außerdem die Nachrichtenapp Dlf24 an und verbreiten unsere Informationen auf verschiedenen sozialen Netzwerken. In den Programmen Deutschlandfunk und Deutschlandfunk Nova sind wir außerdem regelmäßig in anderen Sendungen zu Gast, um über die Nachrichtenarbeit zu berichten, zum Beispiel in Werkstattgesprächen.

Nicht selten wird die Vermutung geäußert, die öffentlich-rechtlichen Anstalten verbreiteten eher regierungsfreundliche Nachrichten und stellten kritische Meldungen hinten. Auch Deutschlandradio ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Was halten Sie einer solchen Sicht entgegen?

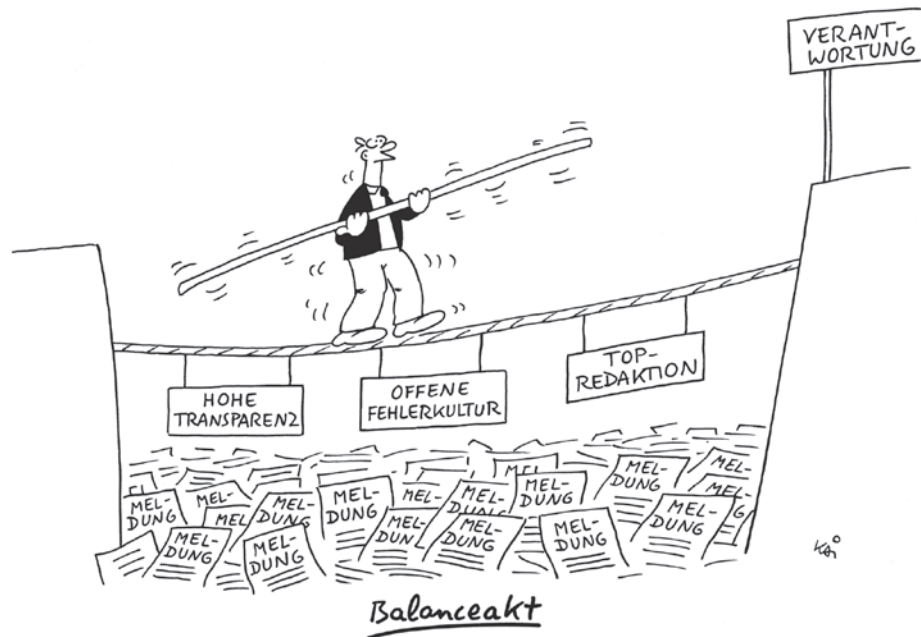
Rundfunk ist in Deutschland bekanntlich Ländersache. Wir müssten es als bundesweites Angebot also sechzehn Landesregierungen mit ihren so ganz unterschiedlichen parteipolitischen Zusammensetzungen recht machen – eine absurde Vorstellung. Nein,

unsere Nachrichten werden nicht politisch gesteuert. Alle Fehler, die wir machen, sind unsere eigenen. Dennoch, das Misstrauen kenne ich und nehme es ernst. Es berührt unser wichtigstes Kapital, das Vertrauen der Menschen. Dieses Vertrauen müssen wir durch handwerklich gute Arbeit lebendig halten und, falls nötig, auch zurückgewinnen. Leider erreichen wir aber auch im besten Fall nur schwer diejenigen, die von einem politisch-ökonomisch-journalistischen Komplex ausgehen, der das Land beherrscht.

Nehmen wir einmal folgendes Beispiel: Es wird über einen Kriminalfall berichtet, und der Täter wird bezeichnet als ein „17-Jähriger“, als ein „17-Jähriger mit Migrationshintergrund“, als ein „17-jähriger Syrer“ oder als ein „17-jähriger Syrer, der bereits auffällig geworden war“. Es handelt sich um ein und dieselbe Person, und nehmen wir an, alle Aussagen seien korrekt. Sie führen über die Präzisierungen aber Konnotationen mit sich, die auf implizite Art die Meinungen der Verfasser widerspiegeln können. Wie gehen Sie mit dieser Schwierigkeit um?

Das ist eine der schwierigsten Aufgaben, weit über die Verbrechensberichterstattung hinaus. Wann erwähnen wir die Vorstrafe eines Politikers? Wann nennen wir ein Produkt potenziell gesundheitsschädigend? Immer beeinflussen wir die Wahrnehmung der Menschen. Das ist übrigens an sich nichts Schlimmes, denn wir sind schließlich dafür da, zu

informieren und einen Beitrag zur Meinungsbildung zu leisten. Auch wenn wir sämtliche Präzisierungen und Zusatzinformationen weglassen, so sind diese doch im Netz vorhanden, wo es überdies neben den vielen Halbwahrheiten auch noch eine Unmenge gänzlich unwahrer Dinge zu finden gibt. Daran messen viele Menschen unsere Berichterstattung. Was können wir tun? Wir versuchen jeweils nach bestem Wissen und Gewissen, in einer kurzen Meldung das zu bringen, was gesichert ist und im jeweiligen Moment für die Beurteilung eines Sachverhalts wichtig erscheint. Das alles ist aber nur eine Seite des Problems.



Was meinen Sie damit?

Ich meine die ethischen Fragen, die derzeit vor allem in der Diskussion um den Pressekodex ausgetragen werden. In dieser freiwilligen Selbstverpflichtung hieß es lange Jahre: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigten oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

Vor einiger Zeit wurde das abgeschwächt, das Kriterium des öffentlichen Interesses ist dazugetreten. Das geht unter anderem auf die Kölner Silvesternacht zurück und auf einzelne Verbrechen, wie den Mord an einer Studentin in Freiburg, nach dem nun ein Asylbewerber vor Gericht steht. Mit den Änderungen in Richtung „öffentliches Interesse“ sind viele Journalistinnen und Journalisten nicht glücklich. Sie sehen Tür und Tor geöffnet für diskriminierende Berichterstattung.

Was sagen Sie in diesem Kontext zu dem Statement: Auch Weglassen ist eine Form von Meinungsäußerung?

Ich würde es nicht Meinungsäußerung nennen, aber ja, das Weglassen ist vielleicht der entscheidende

Teil des Nachrichtenjobs. Wir müssen jeden Tag das Allermeiste aus dem Weltgeschehen weglassen. Gelenkte Presse in Diktaturen zeichnet sich weniger dadurch aus, was sie meldet, sondern dadurch, wie sie berichtet und was sie weglässt. In der Auswahl liegt also der Kern der Verantwortung. Diese Aufgabe wird Monat für Monat anspruchsvoller, da wir unsere Themen ja nicht nur aus täglich Tausenden von Berichten der Nachrichtenagenturen auswählen. Internet und Soziale Medien sind als potenziell unbegrenzte Quellen dazugekommen. Insofern wird das Weglassen auch zu einem wichtigen Spielfeld der Vorwürfe gegen Medien. Wir versuchen, durch regelmäßige Werkstattgespräche in unseren Radioprogrammen und durch reflektierende Texte im Internet immer wieder an einzelnen Beispielen zu erklären, wie und warum wir ausgewählt haben. Außerdem beteiligen wir uns Jahr für Jahr gemeinsam mit Journalisten und Wissenschaftlern der „Initiative Nachrichtenaufklärung“ daran, Öffentlichkeit für Themen herzustellen, die im Medienbetrieb zu kurz kommen. Wir nennen sie die „vergessenen Nachrichten“.

Sie erwähnten gerade, täglich eine Auswahl aus Tausenden von eingehenden Meldungen der Nachrichtenagenturen treffen zu müssen. Ein Redaktionsteam unterliegt auch gruppenspezifischen Prozessen, hat

ein Rollengefüge mit formellen Führern, aber vielleicht auch mit informellen Meinungsführern. Wie kommt in diesem Gefüge die Entscheidung darüber zustande, was nun letztendlich gemeldet werden soll?

Eine gute Redaktion ist divers. Alt und Jung, Frauen und Männer, Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Herkünften und Spezialisierungen arbeiten zusammen. Sie setzen auf Dialog und darauf, dass sich das beste Argument durchsetzt und nicht das „Wir haben das immer so gemacht“. Meine Aufgabe ist es, dieses Binnenklima zu fördern und, wenn nötig, auch zu fordern. Ich glaube, diese Vorstellungen eines guten Teams gelten weit über den Journalismus hinaus.

In einen solchen Auswahlprozess intervenieren wohl immer auch Erwartungen von Gruppierungen, Gremien, Personen des öffentlichen Lebens. Wie verhindern Sie, dass solche Einflüsse Überhand gewinnen?

Diese Punkte spielen, anders als Sie vermuten, keine Rolle. Bei einem Nachrichtenmenschen würden externe Erwartungen insbesondere von Mächtigen auch eher das Gegenteil bewirken. Das gilt zumindest für den öffentlich-rechtlichen Bereich, der nicht wirtschaftlich unter Druck zu setzen ist. Das mag für andere Medien schwieriger sein, wenn es etwa um einen Artikel über einen bedeutenden Anzeigenkunden geht.

Wie arbeiten Sie Informationen zu wissenschaftlichen Ergebnissen – etwa der Klimaforschung oder der Medizin/Pharmazie – auf, um hier die Seriosität zu sichern? Das heißt, wie entkräften Sie den impliziten Verdacht, hinter den Ergebnissen stünden Gruppen- oder Firmeninteressen und nicht allein wissenschaftliche Objektivität?

Bevor wir wissenschaftliche Ergebnisse veröffentlichen, schauen wir uns an, wer die Studien beauftragt und finanziert hat. Diese Informationen geben wir auch an die Öffentlichkeit weiter. Natürlich prüfen wir auch Aufbau und Hintergrund der Untersuchung. Was bei Mäusen hilft, ist eben noch kein Durchbruch für Menschen. Meine Hoffnung ist, dass sich die Wissenschaft in ihrer Kommunikation wieder etwas von der PR wegbewegt.

Wenn Sie abschließend das Nachrichtengeschäft insgesamt ins Auge fassen: Welche Veränderungen können Sie in ihrem Berufsfeld feststellen, die sich mehr oder weniger auf das Phänomen „Fake News“ zurückführen lassen?

In den vergangenen Jahren ist allenthalben deutlich mehr getan worden für Transparenz und Fehlerkultur. Themenauswahl und Entscheidungen in der Berichterstattung werden öfter als früher erläutert. Fehler werden öffentlich eingeräumt, korrigiert und auch mit einer Entschuldigung quittiert. Außerdem sind viele Redaktionen noch kritischer im Umgang mit ihren Quellen geworden und sind bewusster, was die eigenen Vorurteile angeht. Dies dürften Gründe sein, aus denen das Vertrauen insbesondere in die öffentlich-rechtlichen Angebote und die Tageszeitungen wieder deutlich zugenommen hat. Das belegt unter anderem eine Studie des Instituts für Publizistik der Universität Mainz. Insgesamt ist dies ein heilsamer Prozess der Rückbesinnung auf Handwerk und ethische Fundamente des eigenen Tuns in veränderten Zeiten. Es bleibt aber offenbar bei vielen Menschen noch das Gefühl, mit den eigenen Themen und Problemen in der Medienwelt nicht ernst genug genommen zu werden. Redaktionen benötigen teils neue Sensoren und könnten noch offener sein für Themenanregungen aus der Bevölkerung. Ein Teil des gesellschaftlichen Vertrauensentzugs gilt aber allen Bereichen, die als „die mächtige Elite“ wahrgenommen werden. Da werden dann auch schon einmal die Medien kritisiert, wenn es eigentlich um Politik oder Konzerne geht. Hier sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Redaktionen gering. Wichtig ist nur, dass jeder Teilbereich seine Hausaufgaben macht. Es macht mich wütend, wenn Medien sich an einer Verächtlichmachung von Politik beteiligen, vermutlich um Zustimmung und Reichweite zu erheischen. Genauso falsch und gefährlich wäre es aus meiner Sicht, wenn Politiker unter dem empfundenen Druck gesellschaftlicher Stimmungen von der konstruktiven Kritik am öffentlich-rechtlichen Sektor abgehen und einen Teil unserer Medienlandschaft grundsätzlich in Frage stellen, mit dem unser nach 1949 Demokratie und Rechtsstaat gewordenes Land eigentlich doch ganz gut gefahren ist. ■